



# AŞİTÎ BARIŞ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr.5 • Dezember / Januar 2001/2002

## Editorial

Kaum waren die Zwillingstürme des World Trade Centers zusammengegestürzt, kaum die Kunschuldigen Opfer beklagt und der erste Schock über die apokalyptische Dimension der schrecklichen Angriffe vom 11. September 2001 überwunden, da wurde ein Fernsehreporter des CNN mit den Worten kolportiert, dass "von heute an die Zivilgesellschaft an Illusionen ärmer sei und die Welt wohl etwas kriegerischer werde". Wenn dies auch zunächst etwas euphemistisch scheint - schon vor dem neuerlichen Afghanistankrieg wurden Dutzende von bewaffneten Konflikten gezählt - so scheint der betreffende Journalist doch Recht behalten zu haben.

Internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International beklagen eine weltweite Tendenz, rechtsstaatliche Prinzipien und bürgerliche Rechte weitgehend der erklärten "Bekämpfung des Terrorismus" opfern zu wollen. Stabilität und Sicherheit werden jedoch nur dann dauerhaft gewährleistet sein, wenn ein langfristiger Ausgleich in den reichlich vorhandenen und komplexen Konfliktpotentialen dieser Erde angestrebt wird. Anstatt militärischen Lösungen den Vorzug zu geben, müssen langfristig Menschenrechte und Demokratie gefördert, Konflikte durch zivile Lösungsansätze beigelegt werden.

Diese Notwendigkeit vor Augen scheint es umso wunderlicher, wenn die internationale Staatengemeinschaft Friedensinitiativen, wie die der kurdischen Seite im türkisch-kurdischen Konflikt, weiterhin schlichtweg ignoriert. So zeichnet sich die deutsche Politik darin aus, diesem Problem bewusst aus dem Weg zu gehen. Obwohl mit einem hausgemachten "Kurdenproblem" konfrontiert - die Betätigung der PKK ist seit 1993 verboten - gefallen sich zuständige Politiker in Nichtverhalten. Repressive Maßnahmen, wie erst kürzlich die Verhaftung des kurdischen Politikers Sahin Engizek, bekannt für sein vehementes Eintreten für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage, sind ganz sicher kein positives Signal an die Türkei, auf dem Beitrittsweg zur Europäischen Union die Reformen zügig voranzubringen. Der letzte Fortschrittsbericht der EU über den Beitrittskandidaten Türkei spiegelt diese Dilemma wider. Nach wie vor ist die Menschenrechtslage katastrophal, werden notwendige Reformen verschleppt oder nur halbherzig umgesetzt.

Auch in der vorliegenden Ausgabe werden die oben angesprochenen Themen behandelt, in Beiträgen von Dr. Norbert Blüm, Aysel Tugluk, Karin Leukefeld und Klaus Happel. Insbesondere möchten wir uns beim Comité du Kurdistan in Brüssel bedanken, dass uns das Interview mit dem Präsidialratsmitglied der PKK, Duran Kalkan, vermittelte, in dem die internationale Lage nach dem 11. September aus kurdischer Sicht beleuchtet wird.

Köln, im November 2001, die Redaktion

### Erstunterzeichner der Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan:

**Mairead Maguire** (Nobelpreisträger, Nordirland), **Dario Fo** (Regisseur Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Ramsey Clark** (Rechtsanwalt, ehem. Justizminister, USA), **Uri Avnery** (ehemaliger Knessetabgeordneter, Gush Shalom -Friedensblock- Israel), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Alain Lipietz** (Mitglied des Europaparlaments), **Pedro Marset Carpos** (Mitglied des Europaparlaments), **Lord Eric Avebury** (House of Lords, Großbritannien), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru -Wallisische Partei-, Großbritannien), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, Großbritannien), **Lord John Nicholas Rea** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, Großbritannien), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Máiréad Keane** (Vorsitzender der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator-Cl, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Xabier Arzalluz** (Präsident der PNV / Nationalistische Baskische Partei), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, Großbritannien), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs)

Fortsetzung letzte Seite

**Inhalt:  
Seite 2****Ein schwieriger Kandidat**

Die Türkei will die Mitgliedschaft, ohne die Kriterien zu erfüllen

von Karin Leukefeld

**Seite 4****Türkei, Menschenrechte und EU**

Fragen an Norbert Blüm

**Seite 5****Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Fall Öcalan**

Von Aysel Tugluk, Mitglied im Team der Verteidiger von Abdullah Öcalan

**Seite 6****Wir wollen eine Welt ohne Krieg und Gewalt**

Fragen an Duran Kalkan

**Seite 10****Der Weg ist noch weit**

Zu den Verfassungsänderungen in der Türkei und zum Fortschrittsbericht des Europäischen Parlamentes

von Klaus Happel

**Impressum:**

**Herausgeber:** Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

50445 Köln, Postfach 10 05 11

**Druck:** Eigendruck,

**Auflage:** 2.500

**Redaktion:** Klaus D. Buße, Klaus Becher, K. Happel, Stefan Leibold

**V.i. S.d.P.:** Klaus D. Buße

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.**

Die Produktion dieses Bulletins kostet Geld. Spenden sind sehr willkommen. Stadtparkasse Köln, Blz: 37 05 01 98 Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

# Ein schwieriger Kandidat

## Die Türkei will die Mitgliedschaft, ohne die Kriterien zu erfüllen

Zwei Jahre nach Aufnahme der Türkei als Kandidatin für die Europäische Union, signalisiert die Regierung in Ankara gegenüber Brüssel Konfrontationskurs. Die wesentlichen Aufgaben, gemessen an den Kopenhagener Kriterien, wurden nicht gelöst und derzeit deutet wenig darauf hin, dass die Türkei ernsthaft daran arbeitet. Die Europäische Union scheint verblüfft: da erklärt der türkische Ministerpräsident, man werde Nordzypem annektieren, sollte die Restinsel, also Zypern, den EU-Status bekommen. Keine Bewegung in der Kurdenfrage, bürgerliche und politische Freiheiten sind auch mit den kürzlich vollzogenen Verfassungsänderungen nur halbherzig garantiert. Schließlich stellt die Türkei sich stur bei der Etablierung der Europäischen Verteidigungskräfte.

### Menschenrechtslage stagniert

Die demokratischen und menschenrechtlichen Entwicklungen in der Türkei stagnieren. Bitter ist das vor allem im Bereich der Menschenrechte, wo von einem Fortschritt ohnehin kaum gesprochen werden konnte: Das belegen nachdrücklich die jüngsten Zahlen des Türkischen Menschenrechtsvereins, IHD: Verhaftungen und Folter in Polizeigewahrsam, Morde unbekannter Täter, Repres-

sion gegen Dörfer, Verbote von Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen - überall steigen die Zahlen an. Das gilt besonders in den kurdischen Gebieten, die noch immer unter dem Ausnahmezustandsgesetz verwaltet werden. Doch auch im Westen der Türkei ist die Lage nicht viel besser. Die gewaltsamen Razzien polizeilicher "Sicherheitskräfte" gegen die todesfastenden Gefangenen und deren Angehörige im Istanbuler Stadtteil Küçük Armutlu forderten im November vier Menschenleben. Die Kopenhagener Kriterien sind weit entfernt.

### Beziehungen verschlechtern sich

Das US-amerikanische Wall Street Journal stellte kürzlich fest, dass seit den Anschlägen auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington am 11. September, die Spannungen zwischen der Türkei und Europa zugenommen hätten. Der Schulterschluss zu den USA hingegen sei bestens. Ein hoher US-Diplomat, der die Türkei Mitte September besuchte, bezeichnete das Land als "Juwel der Zuverlässigkeit in einer instabilen Region". Und so verhält sich die türkische Regierung derzeit auch, zumindest nach außen. Stolz und strahlend tritt sie auf das internationale Parkett: auf dem Anti-

Terror-Gipfel in Warschau, als Vermittler zwischen Ost und West in Brüssel, als Führung einer internationalen islamischen UN-Friedenstruppe, die demnächst in Afghanistan für Ordnung sorgen soll. Ankara stellt für US- und britisches Militär den Luftwaffenstützpunkt Incirlik als Nachschubbasis bereit und wird nicht müde, seine Erfahrungen in der Anti-Terror-Bekämpfung und geheimdienstlichen Zusammenarbeit anzubieten.

### Experten in Terorbekämpfung

Türkischer Nationalstolz, politische und militärische Bedeutung des Landes als Regionalmacht in Zentralasien werden bei jeder Gelegenheit präsentiert. Nicht ohne Häme verweist die Regierung darauf, dass sie seit vielen Jahren für ihr "Terror-Problem" international keine Unterstützung gefunden habe. Diese Kritik richtet sich besonders an die europäischen Staaten und da vor allem an Deutschland. Dort unterstütze man den kurdischen und islamischen Terror gleichermaßen, so die landläufige und durch die Medien geschürte Ansicht in der Türkei. Scheinbar fühlt man sich wohl in der Rolle des einsamen Wolfes, der trotz internationaler Ignoranz den "Terror besiegt" hat.

Tatsächlich hatte die Türkei seinerzeit versucht, § 5 des Nato-Vertrages in Kraft zu setzen mit der Begründung, die "terroristische PKK" greife die Türkei, ein Nato-Land, von außen an. Zwar wurde dieser § 5 des Nato-Vertrages nicht bemüht, die türkische Regierung hätte sich dennoch nicht beklagen müssen. USA, Deutschland und Großbritannien halfen dem Natopartner Türkei im "Anti-Terrorkampf". Die USA schickte Waffen, Deutschland verbot die PKK und mit vereinten Kräften halfen sie schließlich

bei der Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, was bekanntermaßen mit dessen Verurteilung zum Tode durch ein türkisches Gericht endete.

Dennoch läßt die Türkei nicht nach, die europäischen Staaten für ihren Umgang mit dem, was sie als "Terrorproblem" bezeichnet, zu kritisieren. Während Ankara, ähnlich wie die USA darauf besteht, "Terror" mit allen Mitteln auszumerzen, gibt es innerhalb der Europäischen Union Diskussionen, wer als "Terrorist" zu bezeichnen sei und wer nicht. Eine Diskussion übrigens, die auch bei den Vereinten Nationen nicht abgeschlossen ist. Was die Türkei als "Terror-Problem" bezeichnet, ist für andere ein "Kurdenproblem". Das hören die alten Herren in Ankara und beim türkischen Generalstab gar nicht gern.

### Neue Horizonte?

Wie gut, dass man sich da neuen Horizonten zuwenden kann. In der aktuellen Weltlage - bestimmt durch den Krieg in Afghanistan und die weltweit fast einmütige militärische Mobilisierung - hat die Türkei aufgrund ihrer zentralen geostrategischen Lage an militärischer Bedeutung gewonnen. Die Führung einer islamischen UN-Friedenstruppe für Afghanistan kommt für die Türkei, einziges moslemisches Land in der Nato, gerade recht.

Unverblümt beansprucht Ankara seinen Anteil beim Aufteilen des Kuchens und beruft sich auf die usbekische Minderheit in Afghanistan. Frei von Bescheidenheit forderte die Regierung, bei den geplanten "zwei plus sechs - Gesprächen" mit am Verhandlungstisch sitzen zu wollen. Bei der Gestaltung der Zukunft Afghanistans habe man neben den USA und Russland sowie den direk-

ten Nachbarn des in Schutt und Asche gelegten Afghanistans immerhin ein gewichtiges Wort als Regionalmacht mitzureden. Die Türkei spielt ihre strategische Lage aus. Eng an die USA gelehnt, kämpft es sich noch am behaglichsten.. Was hat Europa da schon zu bieten! Neben Ruhm und Ehre zahlt sich die Anhänglichkeit auch aus, wie der gerade neu beschlossene IWF-Kredit an die Türkei in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar zeigt. Ohne die Fürsprache der USA wäre der sicher nicht gewährt worden.

### Altes Denken

Massenarbeitslosigkeit, soziale und ökonomische Krise, Menschenrechtsverletzungen in der Türkei -was soll's! In Zentralasien spielt die Musik! Französische Truppen in Mazar i-Sharif, britische Truppen in Kabul, deutsche Truppen am Hindukusch - und türkische Truppen führen die internationale Friedensmission der UN. Auf den Trümmern der afghanischen Reststädte herrscht arges Gedränge bei der Neuverteilung einer der rohstoffreichsten Regionen der Welt am Kaspischen Meer. Dieses Mal will sich die Türkei den Einfluss auf Zentralasien nicht entgehen lassen. Koste es, was es wolle, selten war die Gelegenheit so günstig. Auch, wenn die EU-Mitgliedschaft damit in ferne Zukunft rückt.

## Asiti im Internet

[www.freedom-for-ocalan.com/asiti](http://www.freedom-for-ocalan.com/asiti)

# Türkei, Menschenrechte und EU

## Fragen an Norbert Blüm

Bevor die EU mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufnimmt, soll die Türkei eine Reihe politischer Bedingungen erfüllen, die mit dem Begriff "Kopenhagener Kriterien" zusammengefasst werden. Kernpunkte aus Sicht der EU sind hier die Abschaffung der Todesstrafe, die Stärkung der Meinungsfreiheit und der Ausbau der Minderheitenrechte (Kurdenfrage). Die Türkei hat in den letzten Wochen eine Reihe von Gesetzen und Verfassungsvorschriften in diesem Zusammenhang geändert.

Wie würden Sie diese Änderungen beurteilen?

*Die Todesstrafe gibt es noch, wenn auch eingeschränkt.*

Wie sollten Ihrer Meinung nach Minderheitenrechte gestaltet sein, um mit der EU kompatibel und für die Kurden annehmbar zu sein?

*Relative kulturelle Autonomie, am besten in einem föderalen System.*

Wie beurteilen Sie die angebliche Abschaffung der Todesstrafe (die jetzt nur noch für Terrorismus u.ä. gelten soll) im Kontext der türkischen Mitgliedschaft im Europarat?

*Das reicht nicht.*

Welche Auswirkungen erwarten Sie hier von im Öcalan-Fall?

*Keine Hinrichtung von Öcalan.*

Die Türkei ist Teil der weltweiten Allianz gegen den Terror. Ihre strategische Lage wie auch die Tatsache, daß sie das einzige überwiegend moslemische Land der NATO ist, weisen ihr hier eine besondere Position zu, die von türkische Seite gerade auch dann immer betont wird, wenn Forderungen nach einer Lösung der Kurdenfrage, oder einer Verbesserung der Menschenrechtslage laut werden.

Wie beurteilen Sie die Ansicht, man soll doch um der Wichtigkeit der Türkei willen etwas weniger hart nach den politischen Kriterien schauen, um so die Türkei besser an den Westen zu binden?

*In Sachen Menschenrechte kann es nicht zwei Standards in der EU geben.*

Die ökonomische Situation der Türkei ist schlecht. Seit Jahrzehnten muß das Land über Milliardenkredite in wachsender Höhe vom Westen gestützt werden. Millionen von Türken bestreiten ihren Lebensunterhalt im Ausland. Hunderttausende von Kurden sind hierher gekommen und haben aus politischen Gründen ein Land verlassen, das von Deutschland als Freund und Bündnispartner bezeichnet wird und inzwischen auch Kandidat für die Vollmitgliedschaft in der EU ist.

Wie beurteilen Sie die Aussichten dafür, dass der Beitrittsprozess diese Probleme lösen kann?

*Der Beitritt ist kein wirtschaftspolitisches Thema sondern ein menschenrechtliches.*



Norbert Blüm

Der türkische Vizepremier Yilmaz hat vor kurzem einen Beitritt bis 2010 anvisiert. Halten Sie dies für realistisch? Welcher Zeitraum käme Ihrer Ansicht nach in Frage?

*Das hängt von der Entwicklung der Menschenrechte, der Behandlung der Kurden und der Zukunft von Öcalan ab.*

Norbert Blüm ist Bundestagsabgeordneter für die CDU. Er war viele Jahre Mitglied des Präsidiums seiner Partei und Arbeits- und Sozialminister der Regierung Kohl.

Nach eigenen Angaben möchte er sich zukünftig mehr mit dem Thema Menschenrechte beschäftigen.

# Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Fall Öcalan

## Von Aysel Tugluk, Mitglied im Team der Verteidiger von Abdullah Öcalan

Nachdem Abdullah Öcalan im Anschluss an seine Auslieferung an die Türkei im Jahre 1999 zum Tode verurteilt worden war, wandte er sich über seine Anwälte an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg. Damit begann ein Prozess, der nach wie vor andauert und nun in eine neue Phase getreten ist.

Über einen langen Zeitraum hinweg brachten die beteiligten Parteien - der türkische Staat und Herr Öcalan vertreten durch seine Anwälte - im gegenseitigen Wechselspiel immer neue Eingaben vor, mit dem Ziel, die zu verhandelnden Beschwerdepunkte, die ihnen zugrunde liegenden Artikel der Europäischen Charta für Menschenrechte und die Zulässigkeit der einzelnen Beschwerdepunkte festzustellen. Dieser Prozess ist nach wie vor nicht abgeschlossen, wurde jedoch durch die Überstellung der endgültigen Verteidigungsschrift Abdullah Öcalans an den Gerichtshof beschleunigt. Die genannte Verteidigungsschrift soll in dem Verfahren eine wichtige Rolle spielen. Dieses Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, erklärte Herr Öcalan, werde das europäische Recht auf eine harte Probe stellen. Die Kurden begriffen dieses Verfahren nämlich als einen Vorgang, in dessen Verlauf ihr Anspruch auf kulturelle Rechte und ihre eigene nationale Identität festgestellt werden könne, Rechte, die ihnen bisher seitens der Türkei nicht zugestanden, ja sogar verleugnet worden seien. So erklärte Herr Öcalan weiter, er werde daher eine Vorgehensweise nicht akzeptieren, die, wie der türkische Staat bisher,

das Problem als eines nur seiner Person individualisiere, und nicht als Problem der Kurden insgesamt behandle. Dies könne die Problematik keiner Lösung zuführen, sondern vertiefe im Gegenteil die Probleme. Er für seinen Teil, so Öcalan weiter, erwarte ein gerechtes Urteil, dass sich mit den Grundrechten seines Volkes auseinandersetze und dabei mögliche Lösungen im Blick behalte. In diesem Zusammenhang hat vielleicht zum ersten Mal ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte solch eine weitgehend politische Dimension und könnte in seinen Auswirkungen Millionen von Menschen betreffen. Dies stelle natürlich den Gerichtshof vor große Probleme.

Es scheint uns unvermeidlich und in der Natur der Sache liegend, dass auch die politischen und sozialen Ursachen der zu Debatte stehenden Problematik bewertet werden. Denkbar wäre allerdings auch eine Betrachtungsweise, die das Gericht nur auf die von Abdullah Öcalans Anwälten vorgebrachten Beschwerdepunkte konzentrieren läßt, ohne die dem Ganzen zugrunde liegenden Gegebenheiten und Vorgänge zu berücksichtigen. Dann könnte es möglich werden, dass die kurdische Seite ihre derzeitige Politik ändert. Insbesondere die ständig drohende Vollstreckung der Todesstrafe an Herrn Öcalan und die Missachtung seiner Rolle als politischer Führer werden von den Kurden auf Dauer nicht hingenommen werden. In einem solchen Fall besteht die Gefahr einer erneuten Konfrontation.

Öcalans Beschwerde beim Europäischen

Gerichtshof für Menschenrechte ist die Beschwerde gegen das Zustandekommen, den Verlauf und das Urteil in einem politischen Verfahren. Dementsprechend, so glauben wir, müssten auch die politischen Faktoren, also die kurdische Frage und ihre Problematik selbst an der Europäischen Charta für Menschenrechte gemessen werden und die Ergebnisse in die Rechtsfindung im Falle Öcalan einfließen. Insbesondere muss deutlich werden, dass das gesamte Verfahren auf der rechtswidrigen Entführung Öcalans aus Kenia fußt und selbst durch ein im Anschluss daran möglicherweise faires Verfahren nicht mehr auf eine rechtsstaatliche Grundlage gestellt werden kann. Unter rechtsstaatlichen Bedingungen, wie sie für den Bereich des Europarates und seiner Menschenrechtscharta gelten sollen, hat eine Verurteilung, die auf der Basis eines klaren Rechtsbruches erwirkt wird, als nichtig zu gelten. Unsere Beschwerde befasst sich daher intensiv mit diesem Argument.

Ein anderer Vorschlag Herrn Öcalans, nämlich ein gesondertes Verfahren zu führen, in dem Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit für den gesamten Zeitraum des 15-jährigen Konfliktes aufgerollt werden, scheint uns sehr vielversprechend. In einem solchen Verfahren wäre es dann nach seiner Meinung notwendig, die Verantwortlichkeiten für Kriegsverbrechen zu untersuchen und Täter festzustellen, unabhängig davon, von welcher Seite sie begangen wurden. Er für seinen Teil, sei bereit die Verantwortung dafür zu tragen.



# Wir wollen eine Welt ohne Krieg und Gewalt

## Fragen an Duran Kalkan

*Duran Kalkan ist Mitglied des Präsidialrats der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)*

*Was ist die Haltung der PKK gegenüber terroristischen Aktionen? Wie bewertet sie diese als Form der Artikulation politischer Ansichten?*

Unsere Partei hat die Angriffe vom 11. September auf zivile und militärische Ziele in den USA verurteilt. Auch unser Vorsitzender hat mit aller Deutlichkeit klar gemacht, dass er diese Art Gewalt ebenso wie den Terrorismus generell ablehnt. Wir als Partei lehnen mit aller Bestimmtheit die Anwendung einer Gewalt ab, die nur Angst verbreitet und blinde Zerstörung anrichtet. Dies wendet sich gegen den Bestand der menschlichen Zivilisation und führt zu keiner Lösung der Probleme.

Auch wenn dergleichen Gewalttaten seit vielen Jahrhunderten immer wieder mit den verschiedensten Zielen begründet und eingesetzt wurden, sind wir dennoch der Meinung, dass hierfür im 21. Jahrhundert kein Platz mehr ist. Gewalt und Terror als Mittel der Verwirklichung politischer Absichten und Überzeugungen können wir nicht gutheißen. Wir denken, dass wir für eine Welt arbeiten müssen, in der die Gesellschaften das Ergebnis der selbstbestimmten Beziehungen ihrer Menschen sind. In einer solchen Welt werden Menschen und Gesellschaften nicht mehr die Notwendigkeit verspüren, blinde Gewalt einzusetzen.

*Wie sieht die PKK die Gewalt als Mittel der*

*Politik, wie verhält sie sich dazu?*

Da dem kurdischen Volk das elementare Recht einer eigenen nationalen Existenz abgesprochen wurde und ihm als solches jede Möglichkeit versperrt war, sich zu artikulieren, blieb unserer Partei keine andere Möglichkeit als der Griff zu den Waffen. Gewalt wurde allerdings von unserer Seite stets dezidiert und in Übereinstimmung mit den Genfer Konventionen eingesetzt. Soweit wie möglich haben wir großes Augenmerk auf die Vermeidung ziviler Ziele und Opfer gelegt. Auf dieser Grundlage führte der Kampf der PKK zu einer Wiedergeburt der Kurden als Volk und verhalf ihm zu seiner Identität.

Diese Anwendung von Gewalt entsprang also dem Grundrecht auf Selbstverteidigung. Die Linie unserer Partei bewegte sich immer auf dieser Grundlage. Auch wenn in der Praxis manche Handlungen und Verhaltensweisen vorkamen, die dazu im Widerspruch stehen, so waren diese doch nie Bestandteil unserer Parteilinie und auch nicht von der Partei gewollt; sie äußerten sich auch nicht in organisierter Form. Solches Verhalten trat vielmehr nur vereinzelt bei manchen Personen oder Gruppen auf. Deren Ansichten wurden von unserem Vorsitzenden und der gesamten Parteiorganisation entschieden bekämpft.

Dies hatte zur Folge, dass sich in verschiedenen Phasen unseres Kampfes solche Personen von der Partei trennten. In Fällen, in denen Entgleisungen festgestellt

werden konnten, kam es auch zu Parteiausschlüssen. Die angesprochenen Verhaltensweisen aber wurden immer der PKK insgesamt angelastet. Auf diese Weise geriet unser berechtigter Kampf immer wieder in Misskredit. Über die gesamte menschliche Geschichte war Gewalt ein Mittel der Politik. So ist Geschichte immer auch eine Geschichte von Kriegen. Müssen wir also immer so weiter machen? Unsere Partei ist nicht dieser Meinung. Eine Menschheit, deren ökonomische und soziale Grundlagen immer stärker werden, die zunehmend die Natur beherrscht, ihren kulturellen Horizont erweitert und Recht und Moral immer mehr zur Grundlage ihres Handelns macht, diese Menschheit kann und soll auf Gewalt als Mittel der Politik verzichten. An deren Stelle müssen Methoden treten, die sich vor allem auf allgemeingültiges Recht gründen, die demokratisch sind, zur Entwicklung beitragen und nicht auf Zerstörung ausgerichtet sind.

Das 21. Jahrhundert bietet hierfür bessere Bedingungen denn je. Es ist nun möglich, an die Stelle von Gewalt das Recht als wichtigstes Mittel der Politik zu setzen; die Menschheit verlangt danach. Deshalb fordern wir den Verzicht von Gewalt als Mittel der Politik. Es muss langfristig eine Welt ohne Gewalt und Krieg geschaffen werden. Menschliche und gesellschaftliche Beziehungen in dieser Welt müssen frei von Gewalt auf der Basis von Demokratie und Recht geregelt werden. Dafür

werden wir uns mit aller Kraft einsetzen und dies ist auch die Grundlage, auf der die Partei den Wandel ihrer Strategie vorgenommen hat. Unser Vorsitzender hat daran mit großer Entschlossenheit gearbeitet und unser Volk schließt sich dem ebenso entschlossen an.

*Wie bewerten Sie den Freiheitskampf der Palästinenser? Wenden eher die Israelis oder die Palästinenser Terror an?*

Die Palästinafrage und der arabisch-israelische Konflikt sind wie die kurdische Frage eines der tief in der Historie verwurzelten grundlegenden Probleme des Mittleren Ostens. So wie diese Probleme in der Region für Widersprüche und Konflikte sorgen, bilden sie auch für die restliche Welt einen Krisenherd. Dies bringt die Frage der internationalen Sicherheit auf die Tagesordnung. Im Rahmen der derzeitigen internationalen Ordnung wurden die Probleme im Mittleren Osten bisher nicht gelöst, sondern eher vertieft und eine Atmosphäre der Konfrontation aufgebaut. In diesem Sinne scheint eine Neubewertung notwendig, auf deren Grundlage die internationale Politik sich verändern muß, um eine Lösung der Probleme zu ermöglichen.

Wer die Lage in Israel und Palästina nur unter dem Aspekt der Gewaltanwendung zu erklären versucht, wird keine Antwort finden. Der Gewalt liegt ein Problem zugrunde. Deshalb ist klar, dass ohne eine Lösung des Problems auch keine Beendigung der Gewalt erreicht werden kann. In dieser Hinsicht sind politische Ansätze gefragt, die eine Lösung ermöglichen. Genau hier aber liegen die Unzulänglichkeiten. Die internationale Gemeinschaft hat es bisher nicht verstanden, dieses Problem auf demokratische Weise zu lösen. Die Lösungsansätze der Vereinigten Staaten von Amerika blieben ergebnislos. Auch die Europäische Union hat bisher noch keine Politik

entwickelt, von der wir sagen könnten, sie ermögliche eine Lösung. Russland verfolgt noch immer die Politik der ehemaligen Sowjetunion. Diese fehlenden Lösungsansätze von außen führen zu einer verschärften Wahrnehmung von Ausweglosigkeit auf Seiten der Israelis und Araber. Ohne Zweifel führt das palästinensische Volk einen großen Freiheitskampf.

Jedoch ist es notwendig, auch die Lage

sichtige, nationalistische Haltung deutlich, zeigt sich ein nur schwach ausgebildetes demokratisches Wesen. Ähnliches gilt auch für die Politik Israels. Dieses jedoch versucht, mit den Großmächten im Rücken und unterstützt von den westlichen Finanzmärkten, seine Vormachtsstellung in der Region auszuweiten. Gleichzeitig findet diese Haltung immer mehr Rückhalt in der israelischen Gesellschaft. So ist eine Konfrontation entstan-



Zeichnung: Klaus Becher

der israelischen Gesellschaft zu verstehen. Es sind nationalistische, kurzsichtige Auffassungen, die in die Ausweglosigkeit führen. Diese bringen ein politisches Denken hervor, mit dem keine Lösung zu erreichen ist. Hier liegt auch die Quelle der blinden, alles blockierenden, zerstörerischen Gewalt. Da muss sich etwas Grundsätzliches ändern. Auch in der palästinensischen Politik wird eine kurz-

den, die in einem ähnlichen Verhalten auf beiden Seiten begründet ist. Die palästinensische Seite muss nach einem solchen langen Freiheitskampf eine Politik entwickeln, die konstruktiv auf eine Lösung hinarbeitet. Dabei müssen Kurzsichtigkeit und Nationalismus überwunden und kritisches Denken und demokratische Anschauungen gefördert werden. Wenn man in diesem Raum die Ent-

wicklung demokratischer Strukturen anstoßen will, dann ist es unabdingbar, Methoden und Wege zu finden, die ein friedliches Zusammenleben mit Israel möglich machen. Die israelische Seite aber muss Abstand von ihrem engstirnigen Hegemoniedenken nehmen. Soweit wir das beurteilen können, scheint uns die Gewalt beider Seiten als nicht konstruktiv. Unserer Auffassung nach ist diese Gewalt sinnlos, und verstärkt nur den Eindruck der Ausweglosigkeit. Wir müssen allerdings anmerken, dass wir die von Israel ausgehende Gewalt für gefährlicher und noch weniger berechtigt halten, da sie nur die Sicherung der eigenen Hegemoniebestrebungen dient.

In der jetzigen Situation ist es wichtig, dass Israel mit seiner ökonomischen Kraft und seinen internationalen Verbindungen eine konstruktivere Haltung einnimmt. Israel bringt jedoch diese politische Stärke bisher nicht auf, auch hier scheint es an demokratischem Vermögen noch zu fehlen. Wenn auch am Beginn der Widerstand als Basis der eigenen Politik stand, so ist eine solche Annahme in der jetzigen Phase wenig konstruktiv.

Dementsprechend liegt darin keine Dynamik, die für das Zusammenleben mit den anderen Völkern der Region dienlich wäre. Vom palästinensischen Volk erwarten wir deshalb den Entwurf einer konstruktiveren Politik, welche die Demokratie in der arabischen Welt voranbringt, die eigenen Probleme löst und einen Weg aufzeigt, der sich am Aufbau eines demokratischen Mittleren Ostens orientiert. Von Israel erwarten wir, dass es von seiner unberechtigten und zerstörerischen Gewaltanwendung sowie von weiteren Terrorangriffen Abstand nimmt, um auf einer demokratischen Grundlage mit seinen Nachbarn in Frieden zusammenzuleben, und somit zum demokratischen Prozess in der Region beizutragen. Wir glauben, dass sich in dieser Richtung eine Lösung für die

Region erreichen ließe.

*Sehen sie eine Wechselwirkung bzw. Verbindung zwischen der Politik der Amerikaner (Nah-Ostpolitik, American Way Of Life, Weltmachtstellung) und den Terroraktionen vom 11. September?*

Die Terrorakte im Nahen Osten, wie z.B. in Palästina und Kurdistan haben jetzt auch auf die Welt übergreifen. Es ist nicht zu bestreiten, dass ihre Ursachen in der gegenwärtigen Ordnung der internationalen Politik liegen bzw. von ihr abhängen. Die USA als Vorreiter und Führungsmacht nach dem Zerfall der Sowjetunion sieht die Welt auf dem Weg in eine neue Weltordnung. In diesem Sinne stehen die heutigen Ereignisse auch mit dem Verhalten der USA in Verbindung. So wird verständlich dass die immense Gewaltanwendung im neuen Jahrhundert, die schon von manchen als 3. Weltkrieg bezeichnet wird, einerseits in der derzeitigen Weltordnung, andererseits in der Politik der Führungsmacht USA begründet ist.

Im Mittleren Osten sind Konflikte vorhanden, deren Wurzeln noch im Staatensystem des letzten Jahrhunderts liegen. Dies wiederum wirkt auf die gesamte Welt zurück, während andererseits die derzeitige Weltordnung zu Konflikten und Widersprüchen im Mittleren Osten führt. Dieses System mag andernorts demokratisch sein und die Einigung befördern, im Falle des Mittleren Ostens ist es undemokratisch und führt zur Spaltung. Hier herrschen Diktaturen und Monarchie, feudalistische und autoritäre Regime.

Was in anderen Teilen der Welt zu Einigungsprozessen geführt hat, hier bringt es Spaltung und Teilung hervor. Heute sind Staaten und Völker in sich mehrfach geteilt. Europa strebt nach Demokratie und Einheit, Amerika nennt sich selbst Vereinigte Staaten. Im Mittleren Osten hingegen teilen die Konflikte nicht nur

die Völker sondern auch die Gesellschaften in viele Teile. Die Araber leben in zwanzig Staaten, die Kurden in vier. Die Situation anderer Völker ist ähnlich. Die Ordnung der Welt ebenso wie auch die im letzten Jahrhundert etablierte Staatenordnung im Mittleren Osten haben hier nicht zu Demokratie und Einheit geführt. Hierin sind die Ursachen der Konflikte zu suchen. Hier ist auch die Lösung zu suchen, muss Veränderung stattfinden, dahingehend, dass Demokratie und Einheit auch im Mittleren Osten Einzug halten können.

Es muss allgemein klar werden, dass die Lösung darin liegt, dieses System zu verändern. Das internationale System, welches an anderer Stelle für Demokratie und Einheit sorgt, sollte auch im Mittleren Osten für Demokratie und Einheit sorgen. Sonst kann man wohl kaum behaupten, die neue Weltordnung bringe allen Demokratie, während sie im Mittleren Osten zu Diktatur, Gewalt und Teilung führt, Hegemoniestreben und Imperialismus in dem nie enden wollenen Versuch, über andere Macht auszuüben.

Obwohl nach dem Zerfall der Sowjetunion eine Änderung in Richtung Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Einheit für alle erwartet und auch versprochen wurde, haben die USA, die dies ja verkündet hatten, bisher nichts dergleichen erfolgreich durchgesetzt. Sie haben mit ihrer Politik vehement dafür gesorgt, dass die Konflikte vertieft und die Widersprüche größer wurden. Man denke an das Komplott in Kurdistan und die Friedensbemühungen im Palästina-Israel-Konflikt.

Ihre Politik war sehr ungerecht, deshalb hat sie statt den Frieden fördern, eher Krieg und Gewalt gefördert. Von dieser Politik ist nicht zu erwarten, dass sie die Probleme der Gegenwart löst. Die derzeit existierenden Konflikte und Widersprüche sind gleichzeitig Ergebnisse der Vergangenheit als auch Folge amerikani-



scher Politik. Sie sind eine Bedrohung für die Welt wie nie zuvor. Die USA müssen ihre Mittelost-Politik überdenken und versuchen zu einer Politik auf der Grundlage realistischer Einschätzungen zu kommen, die in der Lage ist die Probleme friedlich und demokratisch zu lösen. Unter diesen neuen demokratischen Voraussetzungen sollte sich die Weltgemeinschaft neu formieren. Wir glauben fest daran, dass die Beseitigung des Terrors, welcher heute die Welt an den Rand eines Krieges zieht, und die Lösung der Probleme im Mittleren Osten, deren Ursache die gegenwärtige Weltordnung ist, nur durch eine neue demokratische Weltgemeinschaft möglich sind. Diese Dinge sind eng miteinander verknüpft und nur unter einer solchen Perspektive kann man sich einer Lösung annähern, zum Vorteil aller, die sich nach Frieden, Demokratie und Freiheit sehnen. Dies ist auch die Basis der Nahostpolitik unserer Partei. Unser Ruf und Streben nach einem demokratischen, einigen Mittleren Osten bedeutet nach unserer Meinung gleichzeitig auch die Lösung der vorhandenen Konflikte.

*Wie bewerten sie den Angriff auf Amerika? Ist Krieg nicht ein Mittel der Politik, das vielfach erfolgreich angewandt wurde?*

Die Angriffe auf Amerika waren entsetzlich, und wurden von allen mit Betroffenheit aufgenommen. Viele erklärten, dass die USA das Recht auf einen Gegenangriff, einen Vergeltungsschlag hätten. Unsere Partei nimmt hier jedoch eine andere Position ein. Wir haben erklärt, dass mit einem Gegenschlag oder etwas ähnlichem das Problem nicht gelöst werden könne. Hieran halten wir fest. Wir halten dies für richtig, weil die Tatsache, dass diese Dinge geschehen konnten, nicht, wie viele glauben, auf eine Schwäche der USA oder ihrer Geheimdienste zurückzuführen sind. Die USA konnten diese

Attentate nicht verhindern trotz ihres hohen Entwicklungsstandes und trotz ihrer Weltmachtposition. Das stellt die Menschheit vor eine bedrohliche Lage und sollte Anlass zu intensiven Überlegungen geben, wo die wirklichen Ursachen liegen.

Vieles scheint uns historisch begründet in der Entstehungsgeschichte der gegenwärtigen Staatenordnung in der Region. Deshalb sind wir der Meinung, dass Terrorakte nur verhindert werden können, wenn diese Ursachen beseitigt werden. Dies möchten wir unterstreichen..

Bei der Lösung dieser Probleme sind Gewalt und Krieg keine Mittel. Vielmehr sollte ein demokratisches, freiheitliches und auf gerechter Verteilung beruhendes System aufgebaut, gegen Hunger, Armut, Unterdrückung und Ausbeutung gemeinsam vorgegangen werden. Wir sehen die Lösung darin, dass sich die Weltgemeinschaft auf diese Ziele hin neu formiert. Wir sagen, dass diese entsetzlichen Terrorakte nur so zu verhindern sind.

Die Zerstörung von Ortschaften oder die Zerschlagung von Organisationen wird die Probleme nicht wirklich lösen. Neue, kleine Gruppen werden Fortschritte in Wissenschaft und Technik nutzen und noch größere Schäden anrichten. Wir glauben nicht, dass solche Anschläge und solche Gruppen durch bessere Geheimdienste, Stärkung des Staates, Gewaltanwendung oder die Ausrufung eines 3. Weltkriegs zu stoppen sind. Dies kann nur durch mehr Einsatz für eine gerechtere Verteilung, Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit erreicht werden. Das heißt, die Welt für alle bewohnbar und das Leben für alle lebenswert zu machen. Das heißt auch die Bildung für alle zu fördern. Aus dieser Perspektive scheinen uns die Maßnahmen der USA nicht Erfolg versprechend. In Zeiten des Krieges gibt es immer Profiteure und Sieger, gibt es Verlierer, die vernichtet werden oder verarmen.

Wieder andere, lehrt uns die Geschichte, die das Schlachtfeld vermeintlich als Sieger verließen, verloren in anderen Bereichen. Krieg ist nicht immer ein erfolgreiches Mittel der Politik. Wir sind der Meinung, dass es nach den jüngsten Anschlägen nicht möglich ist, mit militärischen Mitteln Resultate zu erzielen, Lösungen zu finden und wirkliche Erfolge zu verzeichnen.

*Was sagen Sie den Kurden, rufen sie dazu auf, an den weltweiten Friedensaktionen teilzunehmen?*

Aus unserer Sicht stellen sich die Ereignisse vom 11. September so dar: Es gibt ein internationales Sicherheitsproblem. Wir unterstützen die Auffassung, dass eine neue gemeinsame Definition für Terror gefunden werden muss. Gleichwohl sollte auch die Demokratie als Gegengift gegen den Terror gemeinsam neu überdacht werden. Die Demokratie ist das Fundament des Friedens auf der Welt. Der Weg zur Sicherung der internationalen Sicherheit und zum Aufbau von Demokratie und Frieden führt heute über die Lösung der Probleme im Mittleren Osten, und damit nach unserer Meinung über eine Demokratisierung und Einigung dieser Region.

Niemand kann leugnen, dass dabei sowohl das Palästina-Problem wie auch die Kurdenfrage ins Spiel kommen. In Kurdistan führt unsere Partei und unser Volk einen politischen Kampf um nationale Identität, kulturelle Freiheit, Demokratie und Frieden. Aufgrund der miteinander verwobenen Probleme in dieser Welt haben wir unser Volk und die demokratische Öffentlichkeit zum Einsatz für den Frieden aufgerufen.

**Fortsetzung auf der letzten Seite**

# Der Weg ist noch weit

## Zu den Verfassungsänderungen in der Türkei und zum Fortschrittsbericht des Europäischen Parlamentes

von Klaus Happel

### Die Reformen treffen nicht den Kern des Problems

Das türkische Parlament hat im September 34 Änderungen der geltenden Verfassung beschlossen, die auf die Zeit nach dem Militärputsch von 1980 zurückging. Diese Änderungen zielen darauf ab, die politischen Bedingungen für einen Beitritt zur Europäischen Union, die sog. "Kopenhagener Kriterien" zu erfüllen. Kernpunkte sind die Todesstrafe, die Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Minderheitenrechte (Kurdenfrage) und die Gleichstellung von Mann und Frau. Als Problem gilt außerdem die Stellung des Militärs in der türkischen Verfassung.

Die Erfüllung dieser Kriterien gilt als nicht verhandelbare Prämisse für die Aufnahme konkreter Beitrittsverhandlungen. Eine Umsetzung der Verfassungsänderungen in entsprechende Einzelgesetze steht noch aus.

Unabhängig von den bekannten Defiziten der Türkei in den Bereichen Menschen- und Bürgerrechte, Minderheiten und Todesstrafe, sind auch die grundlegenden Abweichungen der türkischen Verfassung vom europäischen Standard seit langem bekannt: Der nationale Sicherheitsrat, ein aus Militärs und Zivilisten bestehendes Gremium, das - wenn man es moderat beschreiben will - der Regierung mit Rat und Tat zur Seite steht, ist mit dem Primat der Politik, wie ihn die europäischen Verfassungen festschreiben, nicht vereinbar. Der zweite Punkt ist noch grundlegender. Der Kerngedanke

der türkischen Verfassung ist die Einheit und Unteilbarkeit von Staat, Volk und Land. Alle in der Verfassung oder in anderen Gesetzen und Vorschriften gewährten Rechte gelten nur, insoweit sie diesem Grundsatz nicht widersprechen oder ihm zuwider handelnd verwendet werden. Hier liegt ein fundamentaler Unterschied zur europäischen Staatsauffassung und hier liegen auch die Ursachen für die unzähligen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, für die Kurdenproblematik und das nur langsame Vorschreiten dieses Landes nach Europa. In seiner Verfassung manifestiert sich ein Verständnis vom Staat und seine Bürgern, das mit europäischem Denken nicht vereinbar ist. Nicht umsonst hat das Europaparlament die Türkei kurz nach den jüngsten Verfassungsänderungen erneut aufgefordert, sich endlich eine moderne Verfassung zu geben.

Wie wollen wir also die Änderungen vom September bewerten? Der Versuch, einige der schlimmsten Probleme endlich anzufassen, ist sicher lobenswert. Das Ergebnis konnte allerdings nur Stückwerk sein, zumal es ein Ergebnis des Tauziehens aller parlamentarischen Fraktionen ist, in das sich regelmäßig auch der Generalstab mit seinen Vorstellungen eingebracht hat. Einige der Änderungen werden sicher Kosmetik bleiben: Die Todesstrafe ist eben nicht abgeschafft. Die Kurden wurden weiterhin nicht als Minderheit anerkannt. Die Sprachrechte, die ihnen jetzt zugestanden wurden, beziehen sich nur auf unpolitische Inhalte und den nicht-staatlichen Bereich.

Die Kernprobleme wurden nicht ange-

gangen. Wir haben sie oben bereits erwähnt. Hier wird auch die Aufstockung des Nationalen Sicherheitsrates mit vier weiteren zivilen Mitgliedern keinen substantiellen Fortschritt im Hinblick auf einen Primat der Politik über das Militär bedeuten. Es bleibt die Hoffnung, dass die europäischen Institutionen unnachgiebig und unablässig die notwendigen Änderungen einfordern, und der Wunsch, dass die jüngsten Änderungen ein erster Schritt sein mögen auf dem Weg zu einer wirklich demokratischen Verfassung, die allen Bürgern ihre politischen, sozialen und kulturellen Rechte sichert.

### Stellungnahme des Parlamentes

Das Europaparlament begrüßt die Verfassungsänderungen als wichtigen Schritt zur Stärkung der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten und der Abschaffung der Todesstrafe, hält sie jedoch für nicht ausreichend. Es gibt aber weiterhin Beschränkungen fundamentaler Freiheiten, einschließlich der Sprach- und Kulturrechte für die Kurden. In großen Bereichen sind die bisher durchgeführten Reformen noch weit davon entfernt, die Freiheiten zu garantieren, die für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union unbedingt erforderlich sind.

### Rechtssystem

Es gibt immer noch Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Gerichte. Die Tatsache, dass die für die Einsetzung

und Ernennung von Richtern und Staatsanwälten zuständige oberste Behörde vom Justizminister geleitet wird, stellt die Gewaltenteilung zwischen Judikative und Exekutive in Frage.

Das System der Staatssicherheits- und Militärgerichte muß reformiert werden. Es muß eine Möglichkeit geschaffen werden, Reparationen für Verletzungen der europäischen Menschenrechts-Charta umzusetzen.

### Nationaler Sicherheitsrat

Artikel 118 der Verfassung wurde geändert und die Zahl der zivilen Mitglieder dieses Gremiums auf neun erhöht. Der Rat soll nur noch beratend tätig werden und lediglich Empfehlungen aussprechen dürfen, die von der Regierung zu bewerten sind, während die vorher mit „Priorität zu berücksichtigen waren.“ Es wird notwendig sein zu beobachten, inwieweit sich durch diese Änderung die zivile Kontrolle des Militärs tatsächlich verstärkt.

### Menschenrechte und Minderheitenschutz

Eine Reihe von Einschränkungen der Grundrechte wurde gestrichen, und für mögliche Beschränkungen der Prinzip der Verhältnismäßigkeit eingeführt. Es bleiben allerdings Einschränkungen der Meinungs- und Gedankenfreiheit.

Keine Fortschritte wurden gemacht im Hinblick auf einige wichtige internationale Abkommen, wie UN-Konvention gegen Rassendiskriminierung, Internationaler Strafgerichtshof, UN-Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Ob die Türkei das Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechts-Charta über die Abschaffung der Todesstrafe unterzeichnen und ratifizieren kann, bleibt abzuwarten.

Das Rahmenabkommen des Europarates

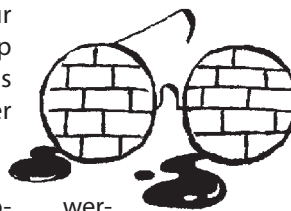
zum Schutz nationaler Minderheiten hat die Türkei ebenfalls nicht unterzeichnet. Seit dem letzten Bericht hat die Türkei die Charta in 127 Fällen verletzt. Dies reicht von Verletzungen der Meinungsfreiheit bis zu Misshandlungen durch Sicherheitskräfte. In 53 dieser Fälle kam es zu außergerichtlichen Einigungen.

Die Türkei hat inzwischen eine Reihe von Gremien zum Schutz der Menschenrechte eingesetzt, die die Umsetzung und Einhaltung der Gesetze und Schutzvorschriften überwachen sollen.

### Bürgerliche Freiheiten

Die Todesstrafe wurde beschränkt auf Terrorismus und Zeiten unmittelbar bevorstehenden Krieges.

Das sechste Zusatzprotokoll zur Menschenrechts-Charta erlaubt allerdings keine Ausnahmen in Friedenszeiten, während es für Kriegsverbrechen Ausnahmen erlaubt. Sobald die Verfassungsänderungen in Strafrecht umgesetzt worden sind, muss neu beurteilt



Blick nach Europa (Zeichnung: Klaus Becher)

werden, ob die Türkei das Protokoll unterzeichnen kann.

Inzwischen wurden jedoch weiterhin Todesurteile verhängt (17 in 2000 und 10 bis August 2001).

Seit 1984 wurde kein Todesurteil mehr vollstreckt.

Die Situation im Hinblick auf Folter und Misshandlungen hat sich seit dem letzten Bericht praktisch nicht verbessert und gibt weiterhin zu Sorge Anlass, da

weiterhin Fälle dieser Art im Polizeigewahrsam geschehen. Die Zahl der wegen Folter suspendierten Beamten hat zugenommen, wenn auch meist nur geringe Strafen ausgesprochen werden. Die Regel, dass die Zustimmung der Behörde für eine Strafverfolgung eingeholt werden muss, wurde nicht geändert.

### Politische Freiheiten

Im Herbst 2000 hat die Türkei eine Reform des Gefängnisystems durchgeführt. Hierbei wurden die bis dahin vorherrschenden großen Schlafsäle

(bis zu achtzig Personen)

durch kleine Zellen für 1 bis 3 Insassen (F-Typ

Hochsicherheitsgefängnisse) ersetzt. In diesem

Zusammenhang kam es zu gewalttätigen

Demonstrationen und zu Hungerstreiks. Die

Mehrheit der an den Hungerstreiks beteiligten war aufgrund

des Antiterrorgesetzes verurteilt.

Im Jahre 2001 wurden bisher 80 Journalisten inhaftiert

wegen politischer Aktivitäten oder anderer Anschuldigungen.

Etwa 9000 Menschen

sitzen derzeit in türki-

sehen Gefängnissen im Zusammenhang mit Meinungs- oder Gedankenverbrechen.

Das Innenministerium hat eine Liste von Begriffen veröffentlicht, deren Gebrauch in den Medien verboten und strafbar ist.

Sowohl im Hinblick auf die Meinungs- wie auch auf die Pressefreiheit müssen

Gesetze und Verfahren implementiert werden, die deren wirksamen Schutz

garantieren.

## **Interview mit Duran Kalkan** (Fortsetzung von Seite 9)

Wir haben die Absicht, den politischen Kampf der Kurden für ihre nationale Identität mit der Friedensbewegung lokal und international zu verbinden. Wir wünschen uns in Kurdistan, in der Türkei, im Mittleren Osten und in der Welt die Gründung von Friedensplattformen und würden die Bildung eines Friedensblocks, dessen Prinzipien auf Demokratie und Freiheit beruhen, begrüßen. Wir haben als Partei unseren politischen Kampf auf der internationalen Ebene mit der Friedensarbeit in Einklang gebracht.

Wir mobilisieren unsere Menschen für den Frieden. Deswegen beteiligen sich unsere Parteianhänger und das kurdische Volk überall aktiv an den Friedensaktionen.

*Haben sie nicht die Befürchtung, dass Ihre Ablehnung umfassender militärischer Aktionen als Antwort auf die Terroranschläge vom 11. September Sie in eine Reihe mit radikalen Islamisten und Terroristen stellen könnte?*

Diese Frage können wir entschieden verneinen. Wie befürchten nicht, wegen der Ablehnung eines militärischen Gegen-schlages mit fanatischen religiösen Gruppen in einen Topf geworfen zu werden. Wir unterscheiden uns von ihnen. Diese Gruppen lehnen Gewalt und Terror nicht ab. Sie gründen ihre Existenz darauf. Diejenigen, die Gewalt und Krieg befürworten, sind diesen religiösen Fanatikern näher und ähneln ihnen. Blinde, sinnlose Gewalt, die wir ablehnen, trennt uns von den Fundamentalisten. Wir haben in der Vergangenheit schwere Auseinandersetzungen mit solchen Gruppen geführt. Die paramilitärische Fundamentalisten-Organisation Hizbullah wurde in den Jahren 1991-1994 vom türkischen Staat gegen Patrioten, Anhänger und Aktivisten unserer Partei einge-

setzt. Diese Organisation hat Tausende von Morden begangen.

Schon damals haben wir gegen diese Gruppen einen harten Überlebenskampf geführt und Widerstand geleistet. Unsere Vergangenheit mag Ihnen daher Aufschluss darüber geben, wie wir zu diesen Gruppen stehen.

*Befürchten sie durch die Anti-Terror-Politik Amerikas negative Folgen für ihre Partei?*

Es war von der USA keinesfalls richtig, die PKK auf ihre Liste zu setzen. Das hat uns zu denken gegeben. Wir haben dies negativ aufgenommen und in einer Erklärung gerügt. Dies hat uns selbstverständlich befremdet. Es ist unser Wunsch, dass die USA es nun bei dieser Erwähnung bewenden ließen.

Zudem gäbe es Möglichkeiten für eine Korrektur. Je mehr die USA ihre Einschätzung zurücknehmen, desto mehr würden sie auf eine Lösung zielen. Diese Chance ist nicht verpasst. Die aktuelle Haltung der USA aber ist aus unserer Sicht nicht vertretbar, da sie jene Kräfte ermutigt, die gegen das kurdische Volk Gewalt und eine Politik der Verleugnung und Vernichtung einsetzen. Dies muss korrigiert werden.

Die Haltung der USA im Hinblick auf die PKK und die Kurdenproblematik stößt bei unserer Partei und in demokratischen Kreisen auf Unbehagen. Deshalb sollten die demokratischen Kräfte sich dafür einsetzen, dass die USA ihre Politik ändern. Wir halten dies für den richtigen Weg. Wir glauben daran, dass wir mit Unterstützung unserer Freunde und vieler Demokraten diese falsche Politik gegen uns überwinden können.

*Dieses Interview mit Duran Kalkan wurde schriftlich geführt mit Unterstützung des Comité du Kurdistan in Brüssel.*

*Fortsetzung von der ersten Seite*

**Alain Calles** (Präsident des MRAP, Frankreich), **Renée le Mignot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid, Spanien), **Dietrich Kittner** (Satiriker, Schriftsteller, Kabarettist, Deutschland), **Jean-Jacques Kirkyacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, Großbritannien), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz), **Dr. Diether Dehm** (ehem. Stellvertreter Vorsitzender der PDS, Deutschland), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz, USA), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin, Deutschland), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel, Deutschland), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Deutschland), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. Elmar Altvater** (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker Deutschland), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (Professor für Soziologie, TU Darmstadt, Deutschland), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen, Deutschland), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof -syrisch-orthodox von Jerusalem), **Christine Blower** (ehem. Präsidentin der Lehrgewerkschaft (NUT), Großbritannien), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr - FBU-, Großbritannien), **Josep Lluís Carod Roura** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Michael Feeney** (Flüchtlingsberater von Kardinal Hume, Großbritannien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Frances Webber** (Rechtsanwalt, Großbritannien), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, Großbritannien), **Dr. Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Bekker** (Schauspieler, IG Medien, Deutschland), **Hans Branscheidt** (medico international / Appell von Hannover, Deutschland), **Dr. Rolf Gössner** (Rechtsanwalt, Publizist), **Günther Schwarberg** (Journalist, Deutschland), **Roland Ofteringer** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland)